

Ist Österreich korrupt?

Von Ibiza über Spesenaffäre: Experte sieht strukturelles Problem.

WIEN Österreich hat turbulente Monate hinter sich. Das Ibiza-Video, in dem Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und der frühere Klubobmann Johann Gudenus einer vermeintlichen Oligarchen-Nichte mutmaßlich Staatsaufträge gegen Wahlkampfhilfe in Aussicht stellen, führte zu Ermittlungen und letztendlich zum Bruch der türkisblauen Regierungskoalition. Derzeit sorgt die Spesenaffäre rund um das Ehepaar Strache für Schlagzeilen. Ihnen wird vorgeworfen, ein Spesenkonto der Partei für private Zwecke genutzt zu haben. Auch erhöhte Gehaltszahlungen an die ehemalige Tierschutzbeauftragte Philippa Strache lösten scharfe Kritik aus. Gegen die Straches besteht der Verdacht auf Untreue. Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

„Nichts Verwerfliches“

Zuletzt rückte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky zur Verteidigung Philippa Straches aus. Am Gehalt von 9500 Euro brutto monatlich sei „durch ihre Leistungen nichts Verwerfliches“. Die Gage sei auf Wunsch des Ehemanns erhöht worden. FPÖ-Chef Norbert Hofer sagte, ihm sei das nicht bewusst gewesen. Zukünftig werde es aber strengere Regeln geben. Die Straches selbst haben die Vorwürfe zurückgewiesen. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Ob Philippa Strache das ihr zustehende Nationalratsmandat annehmen wird oder nicht, will sie nächste Woche entscheiden. Parlamentarische Immunität dürfte es ihr keine bringen. Die Vorwürfe stünden nicht im Zusammenhang mit ihrer politischen Tätigkeit als Abgeordnete, sagte Experte Werner Zögernitz zur Tageszeitung „Der Standard“.

Doch wie beispielhaft sind die Vorgänge rund um Ibiza und die Straches überhaupt? Hat Österreichs Politik ein Korruptionsproblem? Einer, der sich seit Jahren mit



Das von „Süddeutscher Zeitung“ und „Spiegel“ veröffentlichte Ibiza-Video führte zum Rücktritt von Gudenus und Strache.

dieser Frage auseinandersetzt, ist der Journalist Ashwien Sankholkar. Er war an der Aufdeckung der Skandale Bawag, Buwog und Eurofighter

beteiligt. Heute ist er Chefreporter bei der Rechercheplattform „Dossier“. Auch deren aktuelle Ausgabe („Wer zahlt, schafft an. Wie korrupt

ist Österreich?“) beschäftigt sich mit der Thematik. Im Gespräch mit den VN meint Sankholkar: „Durch das Ibiza-Video und die Spesenaffäre kam etwas ans Tageslicht, was seit vielen Jahre traurige Realität ist: strukturelle Korruption.“

Zwar gebe es entsprechende Gesetze, etwa was Parteifinzen oder die Wahlkampfkostenober-

„In Deutschland sind die Gesetze viel strenger, die Strafen für Verstöße drakonisch.“

Ashwien Sankholkar
Aufdeckerjournalist

grenze angehe, stellt der Experte klar. „Doch Missbrauch wird nicht ausreichend betrafft.“ Außerdem existierten viele Möglichkeiten für verdeckte Geldflüsse, etwa über parteinahere Vereine oder Firmen. Die Problematik ließe sich auch längst nicht auf einzelne politische Formationen reduzieren, sagt Sankholkar. Mit den Freiheitlichen sei aber nun ausgerechnet jene Partei in den Fokus gerückt, die stets das aus ihrer Sicht korrupte Proporzsystem von ÖVP und SPÖ kritisiert habe. „Deswegen erzeugt die Spesenaffäre auch so viel Wirbel.“

Strengere Strafen

Hat Österreich also tatsächlich ein Problem? Der Aufdeckerjournalist beantwortet diese Frage mit „ja“. Natürlich lasse sich das Land nicht mit Militärdiktaturen oder Autokratien wie in Afrika, Saudi Arabien oder der Türkei vergleichen. Doch blicke man beispielsweise ins Nachbarland Deutschland, ergebe sich ein anderes Bild. „Dort sind die Gesetze viel strenger, die Strafen für Verstöße drakonisch.“

MAGDALENA RAOS
magdalena.raos@vn.at
05572 501-187

Ruf nach Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

WIEN Der Verein für Korruptionsbekämpfung „Transparency International“ (TI) richtet mehrere Forderungen an die künftige Bundesregierung. Unter anderem soll die Unabhängigkeit der Ermittlungen durch Staatsanwaltschaften gestärkt werden sowie eine Kontrolle der Parteifinzen durch den Rechnungshof erfolgen. Nahestehende Parteiorganisationen sollen ebenfalls umfassend geprüft

werden. Für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeiter und für Parteien fordert TI ein „Compliance Management System“ und eine gesetzliche Verankerung von „Whistleblower“-Regelungen. Das Lobbying-Gesetz gehöre nachgeschärft. TI tritt auch für ein Informationsfreiheitsgesetz ein. Amtsverschwiegenheit müsse eingeschränkt werden und solle nur mehr in Ausnahmefällen möglich sein.

POLITIK IN KÜRZE

Unis vermissen Budgetzahlen

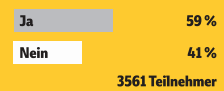
WIEN Universitäten und Forschungseinrichtungen vermissen im geplanten Forschungsrahmen-gesetz einen Finanzierungspfad. Dieser müsse einen jährlichen Zuwachs vorsehen, heißt es in zahlreichen Stellungnahmen zum Entwurf des Gesetzes, dessen Begutachtungstermin am 17. Oktober endet. Ursprünglich planten ÖVP und FPÖ den Beschluss eines Forschungsfinanzierungsgesetzes, um den Förderagenturen und Forschungseinrichtungen Planungssicherheit zu geben. Allerdings konnten sich die beiden Parteien nicht über die nötigen Summen einigen. Die aktuelle Regierung schickte den nunmehrigen Entwurf in Begutachtung - allerdings ohne Budgetzahlen.

Mit Ethik auf Kurs

WIEN Die frühere Bundesregierung von ÖVP und FPÖ hatte noch beschlossen, dass ab 2020/21 an den AHS-Oberstufen und Polytechnischen Schulen alle Schüler, die nicht in den Religionsunterricht gehen, verpflichtend das Fach Ethik besuchen müssen. Das Bildungsministerium geht davon aus, dass dieser Zeitplan hält. Die Weiterbildung der Lehrer hat schon gestartet, 403 Pädagogen nehmen teil.

FRAGE DES TAGES

Soll das Rauchen in Bars und Clubs ab 22 Uhr erlaubt bleiben?



HEUTIGE FRAGE Glauben Sie, dass es am 31. Oktober zu einem geregelten Brexit kommt?

VOL.AT Abstimmung bis 19 Uhr auf fragedes Tages.vol.at

Türkei und USA einigten sich auf Waffenruhe in Nordsyrien

Die USA haben Einigung auf Waffenruhe der Türkei verkündet.

ANKARA US-Vizepräsident Mike Pence hat den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Ankara zu einem Gespräch über den Nordsyrien-Konflikt getroffen. Türkische Medien meldeten am Donnerstag den Beginn des Treffens und zeigten Fotos der beiden im

Präsidentenpalast in der türkischen Hauptstadt. Im Raum waren demnach zunächst auch der türkische Vizepräsident Fuat Oktay und der US-Sonderbeauftragte für die Anti-IS-Koalition, James Jeffrey.

Im Anschluss an das Gespräch verkündeten die beiden Länder am Donnerstagabend überraschend eine Waffenruhe. Die Türkei habe zugesagt, ihren Militäreinsatz gegen kurdische Milizen fünf Tage zu stoppen, sagte US-Vizepräsident Mike Pence am Donnerstagabend

in Ankara nach Gesprächen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Die Türkei will die Aussetzung der Kämpfe nicht als „Waffenruhe“ verstanden wissen. Die Offensive werde nicht gestoppt, sondern „unterbrochen“, sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu. Wenn die Kurdenmiliz YPG innerhalb von fünf Tagen aus der Grenzregion abgezogen sei, ihre schweren Waffen abgelegt und ihre Stellungen zerstört habe, werde die Offensive aber enden. US-Präsident Donald Trump lobte die Einigung in höchsten Tönen.

Der türkische Staatschef hatte am Mittwoch zunächst gesagt, er werde die US-Regierungsvertreter nicht treffen, diese Aussage kurz darauf aber revidiert. Die Türkei hatte vor rund einer Woche einen Militäreinsatz gegen die kurdische YPG-Miliz in Nordsyrien begonnen. Die YPG kontrolliert dort ein großes Gebiet. Ankara betrachtet sie als Terrororganisation, weil sie mit den kurdischen PKK-Rebellen in der Türkei eng verbunden ist. Für die USA waren die Kurdenkämpfer dagegen lange Verbündete im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Der türkische Einsatz war international auf scharfe Kritik gestoßen. Die USA hatten Anfang der Woche Sanktionen gegen die Türkei verhängt.



Versteinerte Mienen im Präsidentenpalast in Ankara: Die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei sind angespannt. Am Donnerstagabend gab es eine Einigung.

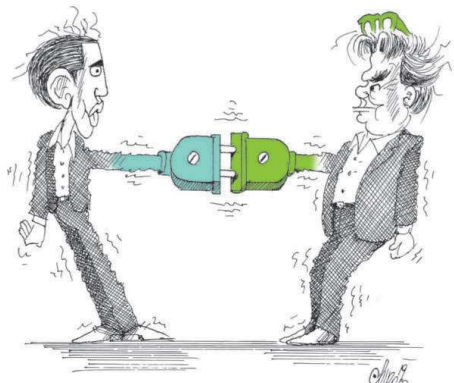
SPÖ will exklusiv verhandeln

WIEN Die SPÖ steht nicht für Parallelverhandlungen zur Verfügung, ist aber bereit, exklusiv mit der ÖVP über die Bildung einer Koalition zu sprechen. Die ÖVP nahm das am Donnerstag nach den Sondierungen zur Kenntnis, will aber fürs Erste noch mit Grünen und Neos sprechen. Das werde auch länger dauern als mit der SPÖ, er-

klärte Parteichef Sebastian Kurz. Er wollte sich nicht festlegen, ob es die Chance für die SPÖ gibt. Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner erklärte, das Gespräch habe eine selbstreflexive Analyse der vergangenen Jahre beinhaltet. Zudem stellte sie klar: „Für uns ist Schluss mit den Sondierungen.“ Für Scheinverhandlungen stehe die SPÖ nicht zur Verfügung.

KARIKATUR

Kurz-Schluss!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT